

WOLFGANG BOSBACH

## Mitglied im Verein für offene Aussprache

*„In den letzten Jahren ist alles versucht worden, damit der Begriff ‚Links‘ nicht kontaminiert wird“*



INTERVIEW

**Eine kürzlich veröffentlichte Studie belegt, dass es bei Polen, Griechen, Italienern, Portugiesen und Japanern so gut wie keine Integrationsprobleme gibt – diese treten am häufigsten bei Menschen mit muslimischem Hintergrund zu Tage. An erster Stelle werden Araber und Türken genannt. Ist da die Absicht, die Türkei zum Vollmitglied der Europäischen Union zu machen, nicht geradezu kontraproduktiv?**

Das ist eines von vielen Argumenten gegen eine Vollmitgliedschaft in der EU – nicht jedoch das Wichtigste! Die weitere Vertiefung und Festigung der Europäischen Union und die Integration der bereits hier lebenden Menschen müssen Vorrang haben vor einer weiteren geografischen Ausdehnung der Europäischen Union. Die EU darf sich nicht überdehnen. Menschen, die – ganz gleich aus welchen Gründen – aus anderen Kulturkreisen zu uns kommen, um hier ein neues Leben zu beginnen, müssen wenigstens ein Mindestmaß an Integrationsfähigkeit und Integrationsbereitschaft mitbringen, sonst kann Integration nicht funktionieren. Gleichzeitig muss die Aufnahmege-

sellschaft deutlich machen, dass sie Interesse an Integration hat und entsprechende Integrationsangebote macht. Mit der Einführung von bundesweiten Sprach- und Integrationskursen hat der Bund hier einen ganz wichtigen Schritt getan.

**Besonders bei der zweiten oder dritten Generation der hier lebenden Türken ist eine fehlende Integrationsbereitschaft beziehungsweise eine fehlende Integrationsfähigkeit zu registrieren. Worauf führen Sie dieses doch sehr erstaunliche Phänomen zurück?**

Es gab bei uns zwei gesellschaftspolitische Fehleinschätzungen. Die erste wird dokumentiert durch den Begriff „Gastarbeiter“. Wir haben gedacht, die Menschen kommen, arbeiten und kehren eines Tages wieder in ihre Heimatländer zurück. Aber sie kamen, arbeiteten und viele blieben hier bei uns, und diese Entscheidung ist für unser Land ja ein Kompliment. Die zweite Fehleinschätzung war der Glaube, bei der zweiten und dritten Generation vollziehe sich Integration wie von selbst. Zwar gibt es unzählige Beispiele für in jeder Hinsicht gelungene Integration, aber teilweise tut sich die zweite und dritte Generation schwerer als die erste. Dies ist auch ein Grund dafür, warum alleine der Bund zirka 200 Millionen Euro pro Jahr für Sprach- und Integrationskurse bereitstellt. Ungeachtet dessen: Integration kann weder durch den Gesetzgeber organisiert werden noch alleine in entsprechenden Kursen stattfinden. Am besten funktioniert sie immer noch im richtigen Leben, zum Beispiel in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt. Dies jedoch setzt das Erlernen der deutschen Sprache in Wort und Schrift voraus. Deshalb muss Menschen mit Migrationshintergrund klar sein, dass Sprachkompetenz notwendig ist, um in Schule, Ausbildung und Gesellschaft Erfolg zu haben und um Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu bekommen.

**In verschiedenen Internetblogs werden Sie mit den Worten zitiert: „Wer als Migrant nicht an Deutschkursen teilnehmen will und sich nicht ernsthaft um Arbeit bemüht, der kann nicht erwarten, dass er hier dauerhaft auf Kosten des Steuerzahlers lebt.“ Dagegen sagt die migrationspolitische Sprecherin der Linkspartei, Sevim Dagdelen: „Die Wirklichkeit spricht eine andere Sprache. 94 Prozent aller zur Teilnahme an Integrationskursen verpflichteten Zuwanderer haben an den entsprechenden Sprachkursen teilgenommen.“ Lösen Sie den Widerspruch auf...**

Bei der Teilnahme an den Sprach- und Integrationskursen haben wir ein ganz gemischtes Bild: Bei denjenigen, die zur Teilnahme zwar berechtigt, nicht aber verpflichtet sind, sind unsere Erwartungen sogar übertroffen worden. Anders sieht es bei denjenigen aus, die zum Beispiel wegen erheblicher Sprachdefizite zur Teilnahme verpflichtet worden sind. Anders formuliert: Bei denjenigen, für die eine Kursteilnahme besonders wichtig ist, sind die Zahlen ernüchternd. Offiziellen Angaben zufolge nehmen etwa 20 Prozent derjenigen, die zur Teilnahme verpflichtet sind, an den Kursen überhaupt nicht teil, weitere 10 Prozent brechen die Kurse vorzeitig ab. Wenn ein knappes Drittel der Betroffenen der Teilnahmeverpflichtung nicht nachkommt, kann man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Richtig ist zwar, dass sich die Zahl der Verweigerer, die ursprünglich bei 40 Prozent lag, nunmehr auf 30 Prozent reduziert hat, aber dieser Prozentsatz ist doch immer noch zu hoch. Vor diesem Hintergrund wiederhole ich mich gerne: Wer sich nicht ernsthaft darum bemüht, die deutsche Sprache in Wort und Schrift zu erlernen und deshalb nicht in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt durch ei-

gener Hände Arbeit zu verdienen, der kann nicht ernsthaft erwarten, dass er hier auf Dauer auf Kosten der Steuer- und Beitragszahler leben kann.

**Es gilt immer noch als politisch unkorrekt, auf den hohen Anteil von ausländischen Straftätern hinzuweisen. Warum tut sich die Politik so schwer, die Realitäten anzuerkennen?**

Diesem Phänomen begegnen wir seit vielen Jahren. Man wird selbst dann heftig kritisiert, wenn man Zahlen, Daten und Fakten nennt, die unstreitig richtig sind. Die Kritik wird dann untermauert mit dem Hinweis, dass man der Fremdenfeindlichkeit keinen Vorschub leisten dürfe. Ich halte diese Argumentation in doppelter Hinsicht für falsch, ja sogar fatal. Es geht doch nicht um die Stigmatisierung von bestimmten Ethnien, sondern ausschließlich darum, nach den Gründen zu forschen, warum bestimmte Personengruppen überdurchschnittlich delinquent werden und die diesbezüglichen Ursachen möglichst erfolgreich zu bekämpfen. Zum anderen ist es immer riskant, wenn die Politik sich weigert, die Lebenswirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen und daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen, denn dann wenden sich immer mehr Menschen von der Politik ab und das schadet letztendlich unserer Demokratie. Zwar beobachte ich schon seit Jahren, dass die einerseits-andererseits Argumentation immer mehr Anhänger bekommt, aber es gibt außer mir auch noch viele andere Mitglieder im „Verein für offene Aussprache“. Zahlen, Daten und Fakten zu nennen, hat doch nichts mit Diskriminierung zu tun, zumal es doch nicht um irgendeine Kausalität zwischen Staatsangehörigkeit und Delinquenz geht, sondern um den unbestreitbaren Zusammenhang zwischen mangelnder Integration und mangelnder Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei zu lösen einerseits und überdurchschnittlicher Delinquenz andererseits. Im Grunde ist der Sachverhalt an Schlichtheit kaum zu überbieten: Es gibt in Deutschland millionenfache Beispiele für bestens gelungene Integration, aber leider auch viele Beispiele für mangelnde Integrationsbereitschaft, mangelnde Integrationsfähigkeit oder beides. Allerdings gibt es auch Gruppen mit Migrationshintergrund, die offenkundig kaum Integrationsprobleme haben, so liegt zum Beispiel der Anteil bei Kindern vietnamesischer Herkunft, die das Abitur schaffen, um 50 Prozent höher als bei deutschen Kindern. Offensichtlich ist in dieser Bevölkerungsgruppe die Integrationsbereitschaft und das Bildungsinteresse besonders hoch – und das sollte man ausdrücklich loben.

**Hinter dem Überfall auf das Pokerturnier in Berlin sollen arabische Großfamilien stecken, deren Mitglieder zu „stadtbekanntem Intensivtätern“ gehören. Diese sogenannten Großfamilien haben – glaubt man dem Gewerkschaftssprecher der Polizei – in Neukölln, Wedding und Spandau ganze Straßenzüge unter sich aufgeteilt und sind durch Schutzgelderpressung, Drogenhandel oder Prostitution aufgefallen. Dass diese Verbrecher nicht abgeschoben werden, versteht doch kein Mensch...**

Nicht zuletzt deshalb, weil ich in dem betroffenen Hotel seit fast 10 Jahren regelmäßig zu Gast bin, habe ich die Berichterstattung mit einer Mischung aus Interesse, Fassungslosigkeit und Unverständnis gelesen, und so wie mir dürfte es vielen anderen auch gegangen sein. Natürlich kann ich mir kein abschließendes rechtliches Urteil erlauben, denn die Aktenlage kenne ich nicht im Detail und kann sie auch nicht kennen, aber ich weiß

aus langjähriger beruflicher und politischer Erfahrung, dass es in Deutschland ausgesprochen schwierig ist, ausländische Straftäter selbst dann auszuweisen und abzuschieben, wenn sie schwere Straftaten begangen haben. Aber ich sehe im Deutschen Bundestag weit und breit keine Mehrheit für eine erleichterte Ausweisung von ausländischen Straftätern.

**Glauben Sie, dass es dem Sicherheitsbedürfnis der Bundesrepublik Deutschland entspricht, wenn sich das Land bereit erklärt, Guantanamo-Häftlinge aufzunehmen?**

Nein. Deutschland hat Guantanamo weder gefordert noch eingerichtet. Wir haben die Haftstätte nie zu eigenen Zwecken genutzt und es gibt dort keinen einzigen Häftling mehr, der irgendeinen Bezug zu Deutschland hätte. Im Laufe der Jahre waren über 800 Häftlinge in Guantanamo, weit über 500 sind bereits entlassen worden. Die USA selbst sagen, dass diejenigen, die heute dort noch inhaftiert sind, zu den – so wörtlich – „Schlimmsten der Schlimmen“ gehören. Außerdem haben die USA darauf hingewiesen, dass ein nicht geringer Teil der bereits Entlassenen den sogenannten „bewaffneten Kampf“ wieder aufgenommen hat. Vor diesem Hintergrund plädiere ich dafür, dass die Betroffenen entweder in ihre Heimatländer zurückkehren können oder aber von den USA selber aufgenommen werden. Wohlgermerkt: Dass Guantanamo geschlossen wird, halte ich in der Sache für richtig, denn man kann nicht Terrorverdächtige über Jahre hinweg inhaftieren, ohne ihnen den Prozess zu machen und wenn es für eine Anklage nicht genügend Beweise gibt, müssen die Betroffenen wieder ihre Freiheit erhalten. Aber daraus kann sich im Umkehrschluss nicht eine Verpflichtung für Deutschland ergeben, Häftlinge aufzunehmen, die hier nie gelebt haben.

**Im Jahr 2009 hat die linksextreme Gewalt um 53 Prozent zugenommen. Gleichwohl konzentriert sich die öffentliche Wahrnehmung ausschließlich auf den Kampf gegen Rechts. Das erscheint wenig konsequent.**

In den letzten Jahren ist alles versucht worden, damit der Begriff „Links“ nicht durch den Zusammenhang mit Straf- und Gewalttaten kontaminiert wird. Da sprach man lieber von Autonomen oder von Chaoten und dadurch wurde vernebelt, dass es im linksextremistischen Spektrum genauso Gewalt gibt wie im rechtsextremistischen Spektrum. Das zeigen nicht zuletzt die Ausschreitungen in Berlin und Hamburg. Die jüngsten Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik sind erschreckend, und es hat sich wohl mittlerweile zumindest bei der Mehrheit die Erkenntnis durchgesetzt, dass wir die linksextremistische Gewalt genauso geschlossen bekämpfen müssen wie die rechtsextremistische. Im Gegensatz zur großen Koalition ist die schwarz-gelbe Bundesregierung bereit, ihre Präventionsprogramme auch entsprechend auszurichten. In Zukunft wird es nicht mehr ausschließlich um die Bekämpfung des gewaltbereiten Rechtsextremismus gehen, sondern auch um die Bekämpfung des gewaltbereiten Linksextremismus und religiös motivierter Gewalt. Anders formuliert: Zukünftig bekämpfen wir jede Form von extremistischer Gewalt dort, wo sie entsteht. Dass durch den starken Auswuchs an linksextremistischer Gewalt keine einzige rechtsradikale Gewalt relativiert oder bagatellisiert werden darf, ist eigentlich selbstverständlich und darauf muss uns auch niemand hinweisen. ■

Mit Wolfgang Bosbach sprach Joachim Schäfer